Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags · Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsverkehr 2.15 Mk., in Württemberg 2.21 Mk. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 10 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Petitzeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 6 · Donnerstag, den 9. Januar 1919 · 36. Jahrgang.

Der Aufruhr.

Die Lage in Berlin.

Berlin, 8. Jan. Das „Achtuhr-Abendblatt" schreibt: Ein lebhaftes Treiben herrschte gestern in der Wilhelmstraße in dem Prinz Louis Ferdinand-Palais. Dort haben sich die aktiven Unteroffiziere einquartiert und haben das Palais stark verrammelt. Aus allen Fenstern lugen Maschinengewehre. Zahlreiche Studenten haben sich eingefunden, die sich den Unteroffizieren zur Verfügung stellten und dort bewaffnet wurden. Vorgestern abend kam es zu einem Gefecht, wobei es auf der Seite der Aufrührer Verluste gab. Gegen 7 Uhr abends näherte sich ein mit Maschinengewehren bewaffnetes Auto dem Wilhelmsplatz, um die dortige Sperrkette zu durchbrechen. Die Unteroffiziere eröffneten mit Maschinengewehren das Feuer. Dabei gab es sehr viele Verletzte und Tote. Das Auto machte schließlich Kehrt. In der Charite wurden 14 und in einer Unfallstelle 7 Verletzte abgeliefert, während im Abgeordnetenhaus mehrere Tote aufgebahrt wurden.

Nach einer Meldung der „Berliner Abendzeitung" ist eine vollständige Division mit Artillerie und Maschinengewehren aus der Richtung Potsdam im Anmarsch.

Als die von auswärts herbeigerufenen Truppen, darunter Artillerie, in Berlin eintrafen, entwickelten sich an mehreren Punkten neue Kämpfe, da die Bahnhöfe von den Spartakisten belagert waren. Das Schießen dauerte in großer Stärke von Mitternacht bis zum Morgen an. Der Schlesische Bahnhof ist im Besitz der Spartakisten. Das Haupttelegraphen- und das Fernsprechamt ist noch in den Händen der Regierung, deren Truppen auch das Gebäude der Eisenbahndirektion wieder genommen haben. Der Eisenbahnfernbetrieb ist großenteils wieder aufgenommen.

Die Kaserne des 3. Garderegiments in der Wrangelstraße wird in weitem Umkreis von den Truppen der Spartakusleute belagert, die sämtliche anliegenden Straßen besetzt haben. Auch Geschütze sind aufgefahren, so daß auch anzunehmen ist, daß die Kaserne nicht zu halten sein wird.

Die Reichsdruckerei ist von Angehörigen der Spartakusgruppe besetzt. Einem Beamten dieses wichtigen Betriebs ist es gelungen, den Hauptschlüssel zu den Schatzkästen zu retten und in Sicherheit zu bringen. Spartakusleute halten das Reichstagsgebäude besetzt.

Der Stadt- und Fernverkehr auf der Berliner Stadtbahn ist vollkommen eingestellt, da man Schüsse auf die Züge befürchtet. Auf den anderen Bahnhöfen wird der Verkehr anscheinend noch aufrecht erhalten. Die westlichen Vorortbahnen verkehren vorläufig. Der Potsdamer Bahnhof wurde gestern in den Abendstunden von regierungstreuen Truppen besetzt. Die Aufrührer suchen den Zugsverkehr ganz zu unterdrücken, um die Heranziehung der regierungstreuen Truppen zu erschweren.

Die Regierung hat bis jetzt noch die Oberhand. Scheidemann erklärte einem Parteifreund, die Regierung werde nicht nachgeben. Die Verantwortung für alles, was komme, tragen die bewaffneten Terroristen. — Der Matrosenrat und die Garnison in Kiel haben sich auf die Seite der Regierung gestellt.

Die Matrosendivision verhält sich in den Kämpfen neutral. Ihr bisheriger Führer Dorenbach (Spartakist) soll flüchtig sein. Die Matrosen haben die Bewachung der Reichsbank übernommen.

Nach der „Germania" sollen 1000 russische Bolschewisten in Berlin eingetroffen sein und deutsche Uniformen tragen.

In Spandau, Potsdam und Rathenow versuchten die Spartakisten sich der Kasernen zu bemächtigen, sie wurden aber zurückgetrieben. In allen größeren Städten sollen vor den Nationalwahlen ähnliche Putsche ausgeführt werden.

Die Zeitungen stehen nunmehr sämtlich unter der Kontrolle der Spartakusleute. Während die Zeitungsbetriebe Scherl, Mosse und Ullstein ihre Blätter immer noch nicht herausbringen konnten, sind andere Blätter bisher nicht am Erscheinen gehindert worden. „Germania" und „Tägliche Rundschau" können wie bisher ihre Meinung zum Ausdruck bringen, die „Berliner Volkszeitung", die „Berliner Neueste Nachrichten" und andere stehen dagegen unter Vorzensur und müssen sich jeder Aeußerung gegen die revolutionäre Arbeiterschaft enthalten.

Offener Brief an eine Landfrau.

Liebe Freundin!

Ich habe gehört, daß du nicht gesonnen bist, dein Wahlrecht auszuüben. „Mich bringen keine sechs Gäul' zum Wählen aufs Rathaus" sollst du gesagt haben.

Das mag wohl sein; zwingen läßt sich ein rechter Mensch überhaupt nicht. Aber vielleicht gehst du freiwillig, wenn ich dir die Sache auseinandersetze. Bilde dir ja nicht ein, daß du jemand anderem einen Gefallen tust, wenn du wählst; du tust es ganz in deinem eigenen Interesse.

1. Wenn dir daran liegt, daß dein Haus und Hof in der Familie bleibt und deiner Hände Arbeit dich und die deinigen nährt, so **mußt** du wählen. Denn es gibt Leute, die nichts lieber wollen als aufteilen, was du erspart und erhaftet hast.

2. Wenn du willst, daß deine Kinder zu allem Guten erzogen werden, wie es von jeher in deiner Gemeinde der Brauch gewesen ist, so **mußt** du wählen. Denn es gibt Leute, die im Sinn haben, alle Religion aus der Schule hinauszuwerfen.

3. Wenn du willst, daß es noch eine Kirche gibt und einen Pfarrer, der deine Kinder tauft, die Brautpaare traut und die Toten einsegnet, so **mußt** du wählen. Denn es gibt Leute, die allen Pfaffen, wie sie sie heißen, den Untergang geschworen haben.

4. Wenn du willst, daß auch der kleine Handwerker noch sein Brot finden und gute Ware liefern kann, statt daß alles in Fabriken gemacht wird, so **mußt** du wählen. Denn es gibt Leute, die am liebsten nur noch ganz große Betriebe bestehen lassen wollen.

5. Wenn du willst, daß im deutschen Vaterlande nach der schweren Kriegszeit wieder bessere Zustände kommen und jeder Mensch im Frieden seiner Arbeit nachgehen kann, so **mußt** du wählen. Denn es gibt Leute, die daran sind, alle Ordnung umzustürzen, wenn sie nämlich die Macht dazu bekommen.

6. Ueberhaupt wenn du willst, daß jeder im Lande seines Fleißes froh werden kann, so **mußt** du wählen und zwar die Partei, die für das alles mit tüchtigen Männern und Frauen eintritt und das ist

die demokratische Partei.

7. Denke nun aber ja nicht: das wird auch alles ohne mich gemacht, es kommt auf meine Stimme nicht an. Die andern, die das wollen, was du nicht willst, stehen alle zusammen; da fehlt nicht eines. Wenn du gegen sie aufkommen willst, so mußt nicht nur du wählen, sondern **auch deine Töchter und deine Mägde** dazu anhalten.

8. Da du nun alles das weißt, so wirst du keine Pferde brauchen, die dich zum Wählen ziehen müssen, so wenig du sie brauchen würdest, wenn dein Haus in Brand stünde und du müßtest zum löschen kommen. Denn ich weiß, daß du eine gescheite Frau bist, die bedenkt, was für sie und die ihrigen zum Besten dient.

Und somit auf **Wiedersehen am Wahltag bei der demokratischen Partei.**

Gestern nachmittag um 5 Uhr fuhr ein Automobil, mit Matrosen besetzt, beim Sekretariat der Demokratischen Partei vor. Die Mannschaften drangen ein und zwangen das Sekretariat, aufzuräumen. Die Flugblätter und Wahlaufrufe wurden auf der Straße vernichtet.

Die Verhandlungen.

Wie das „Achtuhr-Abendblatt" meldet, haben die Verhandlungen, die zwischen der Regierung und der Abordnung der Unabhängigen in der Reichskanzlei geführt wurden, noch kein Ergebnis gezeitigt. Es ist überhaupt zweifelhaft, ob sie zu einer Verständigung führen werden. Die erste Forderung der Regierung ist die Freigabe der besetzten Zeitungen durch die Spartakusleute, jedoch besteht wenig Aussicht, diese Forderung bei den Spartakusleuten, die sich an den Verhandlungen nicht beteiligen, durchzusetzen. Ebenso bietet der Fall Eichhorn große Schwierigkeiten. Die Volksbeauftragten sind zu verschiedenen Zugeständnissen bereit, doch bestehen sie auf dem Rücktritt Eichhorns. Volksbeauftragter Noske, der den Oberbefehl über die Regierungstruppen führt, hat von auswärts her Truppen, darunter die Lübbener Jäger, nach Berlin berufen.

Photographische Aufnahmen für das Ausland.

Auf dem Pariser Platz versuchten gestern Spartakusleute in das Hotel „Adlon" einzudringen mit der Behauptung, daß auf dem Dach des Hauses ein Maschinengewehr aufgestellt sei. Daraufhin begaben sich einige italienische Offiziere, die in dem Hotel wohnen, auf das Dach und überzeugten sich, daß sich dort kein Maschinengewehr befindet, das dagegen dort einige amerikanische Kinooperateure Aufstellung genommen hatten, um die Kämpfe der letzten Tage kinematographisch aufzunehmen.

Wien, 8. Jan. Nach dem „Fremdenblatt" haben die Ententemächte die Absicht, in Berlin einzumarschieren, aufgegeben. Man müsse den Berliner Brand in sich selbst zusammen fallen lassen.

Genf, 8. Jan. (Havas.) Clemenceaus Blatt „Homme Libre" meldet: Der Oberbefehlshaber erhielt den Auftrag der französischen Regierung, im Falle der Bildung einer bolschewistischen Regierung in Deutschland die weiteren Verhandlungen mit der deutschen Waffenstillstandskommission abzubrechen und die Kommission aus dem besetzten Gebiete zu entfernen.

Liebknecht der Märtyrer.

Als Liebknecht gestern in einem Wagen die Wilhelmstraße herunterfuhr, rief man ihm zu, daß er gelyncht zu werden verdiene. Diesen Vorgang benutzte er, um vom Kutscherbock herab Unter den Linden folgende Ansprache zu halten: Ich war eben von einer riesigen Menge bedroht, doch war es für eine kleine Schar von Euch ein Leichtes, über die Vielen zu siegen. Wie hier wird auch überall in Zukunft der Sieg auf unserer Seite sein. Nun ist der Anfang gemacht. Die revolutionäre Arbeiterschaft Groß-Berlins, die Kommunistische Partei, und die Unabhängigen haben einen Revolutionsausschuß gebildet. Ebert und Scheidemann sind abgesetzt. Noch ist nicht alles getan, noch drohen der Revolution große Gefahren. Darum alle heraus, zum Schutz der sozialistischen Revolution! Bewaffnet Euch und bleibt auf den Straßen!

Die Wirkung im Ausland.

Berlin, 8. Jan. Die „Deutsche Allgemeine Ztg." schreibt halbamtlich: Die bedauerlichen Vorgänge in Berlin am Sonntag und Montag haben nach bereits vorliegenden Depeschen der deutschen Vertreter eine geradezu verhängnisvolle Wirkung auf unsere außenpolitische Lage gehabt. Die Vertreter der Entente haben sich bereits erkundigt, ob Deutschland nach diesen Ereignissen in der Lage sei, seinen finanziellen Verpflichtungen zu entsprechen. Sie verlangt Sicherheiten für die Erfüllung ihrer Forderungen und droht, sich im Eventuellfall diese Sicherheiten auf eigene Faust zu verschaffen. — Wenn sich das deutsche Volk nicht im letzten Augenblick gegen Spartakus zur Wehr setzt, so droht dieser „Sklavenbefreier" uns in die ewige Schuldknechtschaft der siegreichen Entente zu stürzen.

Dortmund, 8. Jan. Anhänger des Spartakusbundes hielten gestern im Gewerbeverein eine Versammlung ab, nach der es in verschiedenen Stadtteilen zwischen den Spartakisten und der Sicherheitswehr zu Zusammenstößen kam. Am Kernerplatz, wo der Bezirkssoldatenrat sein Bureau hat, wurden mehrere Zivilpersonen durch Maschinengewehre verletzt. Am späten Abend zogen die

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

emonstranten unter Hochrufen auf Liebknecht nach dem ruckereigebäude der „Westfälischen Allgemeinen Volks-itung", dem Organ der Mehrheitssozialisten, und be-setzten die Betriebsräume. Die in dem Betrieb lagernden druckten Zeitungen wurden verbrannt. Wegen Flug-blätterverteilung hatte die Sicherheitswehr über 20 Spar-kisten verhaftet, die abends um 10 Uhr jedoch wieder eigelassen wurden. Um 12 Uhr nachts wurde noch verschiedenen Teilen der Stadt geschossen. Der Straßen-bahnverkehr ist eingestellt.

Halle a. S., 8. Jan. Gestern vormittag sammelten ch auf dem Marktplatz Matrosen und Soldaten unter ochrufen auf Liebknecht und Rosa Luxemburg an. Sie erbrannten eine große Anzahl Flugblätter sozialistischer ichtung. Die Geschäftsstelle der demokratischen Partei urde von den Spartakusleuten besetzt. Das Personal er demokratischen „Saalezeitung" zwangen sie zur Ein-ellung ihrer Arbeit. Das Erscheinen der Zeitung wurde is auf weiteres verboten. Die Geschäftsleute sind auf efordert worden, ihre Läden zu schließen.

Braunschweig, 8. Jan. Die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft ist gestern nachmittag in einen Sympathie-streik für die Partei Liebknechts eingetreten. Um 3 Uhr versammelten sich die Garnisonkapelle, die Matrosen mit wa 50 Maschinengewehren, Mitglieder der Braunschwei-ger Volkswehr, über 10000 Arbeiter und Angehörige nderer Stände zu einem Zug durch die Stadt. Vor em ehemaligen Schloß wurden Ansprachen von dem Präsidenten der Republik, einigen Volkskommissaren und Spartakistenführern gehalten. Ein Sozialistenführer aus Holland gab vom Hauptbalkon des Schlosses herab ekannt, daß auch in Holland die Revolution nicht mehr uszuhalten sei. Zahlreiche Teilnehmer stürmten die Ge-schäftshäuser der bürgerlichen Zeitungen und das Bureau des „Sozialdemokrat", des Organs der Sozialdemokrati-schen Partei, dessen Räumlichkeiten geschlossen und unter scharfe Bewachung gestellt wurden. Eine große Menge von Zeitungen und Flugblättern wurde vor dem Schloß zu einem Berg aufgetürmt und verbrannt. Der Straßen-bahnverkehr ist vollständig eingestellt.

Gegenkundgebung.

Mannheim, 8. Jan. Gestern vormittag hatte die sozialdemokratische Partei zu einer großen Demonstration gegen die Spartakusleute aufgefordert. Mittags 12 Uhr verließen die Arbeiter und Angestellten die Betriebe und versammelten sich auf dem Meßplatz, von wo sie sich dann im Zuge nach der Stadt bewegten. Vor etwa 50000 Personen hielt sodann Reichstagsabg. Oskar Geck eine Ansprache. Nach derselben wurde einstimmig eine Reso-lution angenommen, in welcher sich die Versammelten für die Regierung Ebert-Scheidemann aussprechen, um wenn nötig durch die Tat für Ruhe und Ordnung sorgen.

München, 8. Jan. (Amtlich.) Gestern nachmittag zogen im Anschluß an eine Versammlung der Arbeits-losen auf der Theresienwiese etwa 5000 Demonstrant. vor das Ministerium für soziale Fürsorge. Minister Unterleitner teilte mit, daß die Erhöhung der Ar-beitslosenunterstützung von 6 auf 8 Mk. und die Auf-hebung der Karrenzzeit für Nichtkriegsteilnehmer bewilligt werde. Feiertage werden bezahlt. Plötzlich fiel aus der Menge ein Schuß. Darauf drangen etwa 100 Leute in das Ministerium ein, die aber das Gebäude bald wieder verließen. Bald darauf hörte man auf der Museum-straße Maschinengewehrfeuer. Die Schüsse sollen aus der Hypotheken- und Wechselbank abgegeben worden sein. Vier Personen wurden schwer verwundet, von denen drei bald darauf starben.

Neues vom Tage.

Aufruf zum Schutz des Ostens.

Berlin, 8. Jan. Der Rat der Volksbeauftragten erläßt einen Aufruf an die Soldaten, sich frei-willig zum Schutz der von den Polen bedrohten Ostteile des Reichs und zur Rettung der in schwere Bedräng-nis geratenen deutschen Truppen zu melden. Wenn die Hilferufe nicht schleunigste Unterstützung finden, so werde zu befürchten sein, daß in ein paar Tagen weitere Ge-biete dem polnischen Imperialismus zum Opfer fallen. Proteste nützen nichts. Den Landesfriedensbrechern müsse ein kräftiger Schutz entgegengestellt werden. Alle deut-Bezirkskommandos nehmen Meldungen der Freiwilligen entgegen; sie geben auch die günstigen Bedingungen der Anwerbung bekannt.

Protest gegen das Staatsgrundgesetz.

München, 8. Jan. Die Deutsche Volkspar-tei in Bayern erläßt einen Protest gegen das unter dem 4. Januar veröffentlichte Staatsgrundgesetz und erhebt die Forderung, daß die künftige Regierung und die neue Verfassung des freien Volksstaates Bayern nur durch den hier zu bildenden Landtag gegeben wird. Der Staatserlaß sei die ausgesprochenste Autokratie und ein Faustschlag ins Gesicht jeder wahren Demokratie.

Volkskirchlicher Laienbund.

Dresden, 8. Jan. In Dresden hat sich ein Volks-kirchlicher Laienbund für Sachsen gebildet, der Gerech-tigkeit in der Trennungsfrage, Erhaltung des Rechts der Eltern auf christliche Erziehung ihrer Kinder und Ausbau der Kirchenverfassung auf breitester volkstüm-licher Grundlage fordert.

Entschädigungsansprüche.

Bern, 7. Jan. Nach dem „Temps" haben die Lothringer, die seit Kriegsausbruch von den Deutschen wegen Franzosenfreundlichkeit verhaftet und gefangen wa-ren, eine besondere Gesellschaft gebildet, die Entschä-digung von Deutschland verlangen will.

Die Zahl der deutschen Tauchboote.

Paris, 7. Jan. (Havas.) Nach dem „Matin" sind von Deutschland 122 U-Boote abgeliefert worden; es müssen noch ungefähr 60 abgeliefert werden. Die erste Gruppe besteht aus den aus dem Mittelmeer zu-rückgekehrten Einheiten.

Neue Bedrückungen?

Paris, 7. Jan. Die Zeitung „Evenement" schreibt: In 10 Tagen geht der Waffenstillstand zu Ende. Eine eingehende Prüfung seiner Bestimmungen ergibt den schlechten Willen des deutschen Volkes, die Waffenstill-standsbedingungen ordnungsgemäß zu erfüllen. Sehr viel Kriegsmaterial ist noch nicht vollständig in die Händen der Alliierten. Außerdem tun die Deutschen alles, um uns die Besitzergreifung zu erschweren. Oft werden die Geschütze einzeln auf freiem Felde stehen gelassen, anstatt zur Uebergabe gruppiert zu werden. Eine große Zahl von Maschinengewehren und Flug-zeugen wurde in vollständig verdorbenem Zustand aus-geliefert. Bis jetzt wurden ungefähr 2000 Geschütze aus-geliefert. An Lokomotiven ist erst die Hälfte der ver-einbarten Zahl übergeben. Waggons fehlen noch sehr viele. Es kann keine Entschuldigung angenommen wer-den, da die Deutschen u. a. 25000 Lokomotiven be-saßen, von denen 15000 in gutem Zustand in ihrer Hand verbleiben sollten, was für den deutschen Ver-kehr in weitem Maße genügen mußte. Eine große Zahl alliierter Soldaten harren noch in Deutschland der Rückbeförderung. Die Deutschen sollten in den vor dem Kriege zu Rußland gehörenden Gebieten die Ord-nung aufrecht erhalten. Sie halten aber dort nur die Anarchie aufrecht und schaffen Unruhe. Alle Tauch-boote sollten den Alliierten oder den Vereinigten Staa-ten ausgeliefert werden. Es befinden sich aber noch solche in den deutschen Häfen und unsere Feinde fahren mit dem Bau von Unterseebooten fort. Solche Ueber-tretungen des Waffenstillstandes können vor dem 17. Januar wohl kaum wieder gut gemacht werden und es erhebt sich die Frage, ob die Alliierten nicht strenge vor-gehen müßten, wenn es sich darum handelt, eine neue Frist festzusetzen.

„Transdanubische Republik".

Budapest, 8. Jan. Die Regierung ließ den Oberst-leutnant im Generalstab, Balthasar Lang, festnehmen, der angeblich eine Transdanubische Republik (d. h. eine Republik jenseits der Donau) zu bilden im Begriff war und mit einem Heer gegen Budapest ziehen wollte, um die Regierung zu stürzen. Lang war eine Zeitlang der Militärkanzlei des Kaisers zugeteilt. (Die Meldung ist reichlich unklar.)

Wieder eine Berichtigung.

Wien, 7. Jan. (Wien. Korr.-Bur.) Sir Thomas Gunningham, der Vertreter des englischen Kriegsmini-steriums in Wien, erklärt zu der Zeitungsmeldung über ein englisches Werbebureau unter Leitung Gunninghams, daran sei kein wahres Wort.

Ein Rat vom Ausland.

Basel, 8. Jan. Die „Baseler Nachrichten" meinen, der einzige Ausweg, die Schwierigkeiten in Deutschland zu beheben, sei der, den Sitz der Regierung von dem verlotterten Berlin wegzuverlegen.

Meutereien in England.

London, 8. Jan. In verschiedenen Truppenteilen, die sich bezüglich des Urlaubs oder der Entlassung gegen-über anderen zurückgesetzt fühlen, sind ernste Ausschrei-tungen vorgekommen. Die Soldaten wollen nicht mehr nach Frankreich verschickt werden. Das Kriegsamt sah sich veranlaßt, den Hafen Folkestone, wo die meisten Unzufriedenen liegen, zu sperren und von jeder Verbin-dung abgeschnitten. Die Regierung wird einige Tage Urlaub gewähren und Soldaten, die Arbeit nachweisen können, entlassen. Im allgemeinen sollen diejenigen zuerst entlassen werden, die am längsten Kriegsdienst leisteten.

Wilson wieder in Paris.

Paris, 8. Jan. Wilson ist gestern mit Frau und Tochter aus Italien wieder hier eingetroffen.

Clemenceau ist nach Paris zurückgekehrt.

Wilson gegen das Einschreiten in Rußland?

Paris, 8. Jan. Reuter meldet, in unterrichteten Kreisen gelte es als sicher, daß Wilson persönlich gegen die Fortsetzung des Einschreitens in Rußland sei.

Die Schiffsfrage.

London, 8. Jan. Das amerikanische Schiffahrts-amt plante den Ankauf aller verbündeten Handelsschiffe, die während des Kriegs unter englischer Aufsicht den Verkehr zwischen den Vereinigten Staaten und den Ver-bündeten vermittelten. Die Verhandlungen über den Ankauf, die zwischen England und Amerika geführt wurden, sind aber nach der „Daily Mail" als gescheit-ert zu betrachten.

Verstaatlichung der Eisenbahnen in Irland.

London, 8. Jan. Dem Dubliner „Evening He-rald" zufolge hat die englische Regierung die Absicht, mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen in Irland zu beginnen.

Schlechte Stimmung in Australien.

London, 8. Jan. Die „Times" meldet, man sei wegen der schlechten Stimmung in Australien in Sorge. Die zurückkehrenden Soldaten seien unzufrieden, und da ein Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die 42-Stundenwoche und höhere Löhne verlange, rechne man mit der Möglichkeit von Unruhen in der Industrie.

*

Berlin, 8. Jan. Um ½12 Uhr mittags entwickelte sich vor dem Reichskanzlerhaus und dem Auswärtigen Amt ein Kampf, in dem auf beiden Seiten Geschütze ver-wendet wurden, ebenso am Stettiner und am Lehrter Bahnhof. Genaues ist über den Ausgang noch nicht be-kannt. (!) Das Brandenburger Tor, die Kaserne der Gardepioniere und das Reichstagsgebäude wurden von den regierungstreuen Truppen wieder genommen. Im Innern der Stadt scheint die Regierung das Uebergewicht zu haben, dagegen sind im Osten und in den äußeren Stadtteilen die Spartakisten stärker.

Düsseldorf, 8. Jan. Die „Düsseldorfer Ztg.", das „Düsseldorfer Tagblatt", die „Düsseldorfer Nachrichten" und die „Freie Presse" (Mehrheitssoz.) werden von den Spartakisten am Erscheinen verhindert. Die Nachrichten erscheinen als „Rote Fahne vom Niederrhein".

Lebensmittel für Deutschland.

Die „Münchner N. Nachr." melden aus Basel, die amerikanische Lebensmittelkommission sei bereit, die Ver-sorgung der deutschen Bevölkerung unter folgenden Bedin-gungen zu übernehmen: Mit den Lieferungen soll be-gonnen werden, wenn es die Notlage dringend erfordert, jedenfalls aber sogleich nach Abschluß des Vorfriedens. Zu diesem Zweck sollen in den an Deutschland grenzenden neutralen Ländern große Lebensmittellager errichtet wer-den. In Deutschland selbst werden Stapellager eröffnet, die in ihrer Mehrzahl entlang der neutralen Zone liegen, damit die dort lagernden Vorräte im Falle irgendwelcher Gefährdung rasch zurückgezogen oder geschützt werden können. Die Versorgung erfolgt auf ein bis drei Monate. Sie geschieht nach Gemeinden und Bezirken. Und zwar werden nur solche Bezirke versorgt, deren Leitung in gesetzmäßiger Weise gewählt oder konstituiert ist und eine sichere Gewähr für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verbürgt. Die Lieferung wird sich in einer Höhe halten, die bei entsprechender Rationierung eine ausreichende Ernährung sicherstellt.

Zulagen an Altersrentenempfänger.

Durch Verordnung vom 14. Dezember 1918 sind außer den Empfängern einer Invaliden-, Kranken-, Wit-wen-, (Witwer-) und Witwenkrankenrente auch den Emp-fängern von Altersrenten vom 1. Januar 1919 ab Zulagen von monatlich 8 Mk. zu gewähren, wenn die Rentenempfänger nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten.

Soweit die Rente nur für einen Teil eines Kalen-dermonats gewährt wird, ist die Zulage nicht zu zahlen. Wohl aber wird sie voll gewährt, wenn der Renten-empfänger auch nur einen Bruchteil der Rente erhält (z. B. bei Ueberweisung eines Teils der Rente an Dritte.)

Ruht der Anspruch auf Rente zum vollen Betrag oder fällt er ganz fort, so entfällt auch die Zulage. Wenn die Rente ganz auf Gemeinden, Armenverbände, Versicherungsträger usw. übergegangen ist, welche Sach-leistungen an Stelle der Rente reichen, oder Invaliden-hauspflege gewähren, oder einen hilfsbedürftigen Rent-ner in öffentliche Unterstützung genommen haben, so wird die Zulage nicht gewährt.

In diesen Fällen ist von den genannten Rentenemp-fängern auf die Rentenquittung der Vermerk zu setzen: „Zulage nicht zahlbar".

Die Zulage wird dem Berechtigten ohne besondere Anweisung der Versicherungsanstalt durch diejenige Zahl-stelle der Post, bei welcher er seine ordentliche Rente erhebt, monatlich im voraus ausbezahlt. Hierbei ist eine besondere, vom Rentner unterschriebene Quittung vorzulegen, welche je auf 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember mit dem Dienstsiegel einer zur Füh-rung eines öffentlichen Siegels berechtigten Person ver-sehen sein muß; einer Beglaubigung der Unterschrift be-darf es nicht. Bei gleichzeitiger Auszahlung für mehr-rere Kalendermonate ist für jeden Monat eine beson-dere Zulage-Quittung erforderlich. Vordrucke zu die-sen Quittungen kann jeder Rentner bei der Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung seines Wohnorts, in Stutt-gart bei den Polizeiwachen erhalten.

Vordrucke der Zulagequittungen erhalten sämtliche in Württemberg wohnhafte Empfänger einer Altersrente, also auch diejenigen, welche ihre Rente von einer anderen Versicherungsanstalt beziehen. Trägt in die-sen Fällen die Zulage-Quittung oben links eine andere Nummer der Versicherungsanstalt als die Rentenquit-tung, so ist die Nummer der Zulagequittung handschrift-lich auf diejenige der Rentenquittung zu berichtigen.

Die Abhebung der Zulage soll zugleich mit der Ab-hebung der Monatsrente erfolgen.

Es sind also am Postschalter zwei Quittungen ab-zugeben: diejenige über die ordentliche Monatsrente und diejenige über die Zulage.

Zwar kann die Zulage auch nachträglich erhoben werden, dies ist aber sowohl im Interesse der Post als der Rentenempfänger selbst möglichst zu vermeiden.

Die Empfänger einer Waisenrente erhalten auch künftighin keine Zulage.

Baden.

Einberufung der bad. Nationalversammlung.

Karlsruhe, 7. Jan. Nach dem „Bad. Beobachter" wird die Nationalversammlung auf den 15. Januar, vorm. 9 Uhr, nach Karlsruhe einberufen. Die Parteien werden schon am Tage vorher Besprechungen abhalten. Für den Abend ist eine Aussprache mit der Regierung in Aussicht genommen.

Der Elfer-Ausschuß der Landeszentrale der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte und der Landesausschuß der Sol-datenräte beruft auf 10. Januar, vormittags 9 Uhr, eine Landesversammlung der Räte nach Durlach ein.

Die vorläufige Regierung beabsichtigt, der Landes-versammlung die Ueberweisung des Schlosses Baden als Wohnsitz für die großh. Familie vorzuschlagen.

(-) **Karlsruhe,** 7. Jan. Der Stadtrat hat be-schlossen, die Vorarbeiten (Anlage eines weiteren Hoch-wasserdammes) für das neue 5. Hafenbecken als Not-standsarbeiten alsbald in Angriff zu nehmen.

(-) **Mannheim,** 7. Jan. Die militärische französische Prüfungsstelle beim Postamt Ludwigshafen hat erklärt, daß im Postverkehr nach rechts- und linksrheini-schen Gebieten bis auf weiteres nur noch zugelassen werden Geschäftsbriefe in Nahrungsmittel- und Rohstoffbezugs-angelegenheiten und ferner amtliche Briefe. Diese Brief-schaften müssen gut leserlich in lateinischen Schriftzeichen geschrieben sein und die genaue Adresse des Absender tragen. Der übrige Postverkehr ist vorerst gesperrt; sonst sind nicht zugelassen: Privatbriefe, Pakete aller Art, Geldbriefe, Postanweisungen usw., Warenproben, Druck-sachen aller Art.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

(-) **Mannheim,** 7. Jan. Unter dem Verdacht des Giftmords wurde eine 33jährige Taglöhnersehefrau verhaftet. Sie soll versucht haben, ihr 3jähriges Kind durch Gift auf die Seite zu schaffen.

(-) **Freiburg,** 7. Jan. Erzbischof Dr. Nörber hat angeordnet, daß das von dem Papst an die deutschen Bischöfe gerichtete Schreiben vom 7. Dez. 1918, in welchem der Papst auf die neuen politischen Ereignisse in Deutschland Bezug nimmt und dabei auch auf eine womögliche Aenderung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu sprechen kommt, von den Kanzeln der katholischen Kirche zu verlesen ist.

(-) **Karlsruhe,** 8. Jan. Das Ergebnis der Wahlen zur Bad. Nationalversammlung hat sich insofern geändert, als in Mannheim die Sozialdemokraten auf Kosten der deutsch-nationalen Volkspartei und in Freiburg die Demokraten auf Kosten des Zentrums einen Sitz mehr erhalten. Gewählt sind sonach 40 Zentrum, 36 Sozialdemokraten, 25 Demokraten und 6 Deutsch-Nationale.

Karlsruhe, 8. Jan. Der Elferausschuß erklärt, die Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte werden solange fortbestehen, bis die Erfolge der Revolution von der Nationalversammlung verbürgt und der Achtstundentag gesichert sei.

(-) **Karlsruhe,** 8. Jan. Die „Karlsr. Ztg." nimmt in einem halbamtlichen Artikel die Oberamtmänner gegen unbegründete Anschuldigungen in Schutz und spricht die Erwartung aus, daß eine Beamtengruppe, die auch jetzt loyal auf dem Boden der neuen Verhältnisse arbeitet, nicht ohne jeden Anlaß in ihrer Ehre gekränkt werde.

(-) **Karlsruhe,** 8. Jan. Auf der Landstraße zwischen Karlsruhe und Durchlach ist eine große blau-weiße Scheibe angebracht, die den Beginn der neutralen Zone andeutet und zugleich den Soldaten zur Warnung dient, die neutrale Zone zu betreten.

(-) **Mannheim,** 8. Jan. Zu den Ausschreitungen, die sich hier am Tag vor der Wahl zur bad. Nationalversammlung in Wählerversammlungen und im Geschäftshause des „General-Anzeigers" abspielten, wird noch weiter bekannt, daß die Ruhestörer auch in das Rathaus eindrangen, wo Bürgermeister Ritter in seinem Zimmer auf den Flur gelockt, dort von einigen Männern zu Boden geworfen und mit Füßen getreten wurde. Er erlitt einige unerhebliche Kopfverletzungen. Anscheinend hatte man es auf den Oberbürgermeister abgesehen und sich in der Person geirrt.

(-) **Freiburg,** 8. Jan. Die „Freib. Ztg." meldet: Der Freiburger Soldatenrat scheint sich in einem Zustand der Krise zu befinden. Außer dem Vorsitzenden sind dieser Tage sieben weitere Mitglieder ausgetreten. Die Krise hängt vermutlich mit Erscheinungen des Wahlkampfes zusammen.

Württemberg.

(-) **Stuttgart,** 8. Jan. (Tagesfragen.) Gestern vormittag fand eine Besprechung über Tagesfragen statt, zu der der Minister des Innern, Crispien, die örtlichen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, die Gemeindevertreter und Oberamtleute eingeladen hatte. Der Leiter des Kriegswesens, Fischer, teilte mit, daß beabsichtigt sei, das jetzige Heerwesen ganz aufzulösen und durch 15 Sicherheitskompagnien zu je 300 Mann mit der Hauptleitung in Stuttgart zu ersetzen. Die Kompagnien werden in Eßlingen, Ludwigsburg, Böblingen, Gmünd, Tübingen, Reutlingen, Ulm, Heilbronn, Mergentheim, Jsny, Weingarten und Rottweil ihre Standorte haben; nach Stuttgart sollen drei Kompagnien gelegt werden. Bei der Auswahl der Leute werden ältere erfahrende Soldaten ausgehoben. Die Oberaufsicht sollen die Arbeiter- und Soldatenräte führen. Rechtsanwalt Lindenmaier verlangte, daß den Bürgerräten die gleichen Rechte gegeben werden, wie den A.- und S.-Räten. Crispien entgegnete, das sei Sache der A.- und S.-Räte. — Ueber die Ernährungsverhältnisse teilte Minister Baumann mit, daß unsere Getreide- und Mehlvorräte nur noch bis Ende April oder Anfang Mai ausreichen. Mit den Kartoffeln stehe es besser. Der Viehbestand sei stark zurückgegangen und die Schweinebestände reichen eben noch für die Selbstversorger. Wegen des geringen Vertrauens zur Z. E. G. (Zentral-Einkaufsgesellschaft) in Berlin haben sich die süddeutschen Staaten untereinander in Verbindung gesetzt.

Arbeitsminister Lindemann bezeichnete die wirtschaftliche Lage als außerordentlich schwierig und gefährlich; ein vollständiger Zusammenbruch sei nicht ausgeschlossen. Die vom Lande stammenden Arbeitslosen sollen wieder aufs Land gebracht werden. — Oberamtmann Frauer-Freudenstadt forderte genauere Bestimmungen über die Zuständigkeit der Arbeiter- und Bauernräte. Vorkommnisse wie in Backnang, wo der Oberamtmann mit Gewalt seines Amtes entsetzt wurde, reizen vielfach zur Nachahmung, tragen aber nicht dazu bei, die Beamten in ihrer Pflichterfüllung zu ermuntern. Alle Oberamtleute des Landes müssen sich solidarisch erklären; sie würden bei solchen Zuständen sonst auf die Weiterführung ihrer Arbeit verzichten müssen. Crispien erklärte, bis jetzt sei in Württemberg kein Beamter ohne weiteres vom Amt entfernt worden. Für die Gemeindewahlen werde eine neue Ordnung ausgehen.

(-) **Stuttgart,** 8. Jan. (Der neue Stadtkommandant.) Im Schwurgerichtssaal hat der Garnisonrat gestern nachmittag Oberst Ernst Reinhardt mit großer Mehrheit zum Stadtkommandanten von Stuttgart gewählt. Er hat die Wahl angenommen. Sein Vorgänger war Oberst von Ströhlin.

(-) **Stuttgart,** 8. Jan. (Dieb.) Seit Mitte November v. J. wurden in vielen Häusern Dachkammern erbrochen und Kleidungsstücke, Schmucksachen usw. entwendet. Als Täter wurde der 21 Jahre alte Soldat Joh. Georg Welsch von Walddorf festgenommen. Welsch war auf Grund der allgemeinen Amnestie im November aus dem Gefängnis entlassen worden. Ein Teil des Gestohlenen ist wieder beigebracht.

> Es ist falsch, bestimmte Parteien als christlich oder unchristlich auszugeben. **Keine** politische Partei als solche ist christlich. Aber in jeder Partei sollten Christen eintreten für Gottes Recht und die Lebenskräfte des Evangeliums auswirken.
>
> Pastor Le Seur.

(-) **Freudenstadt,** 8. Jan. (Nach Altshausen.) Herzog Albrecht, der in letzter Zeit im Hotel Rappen hier wohnte, ist lt. „Grenzer" gestern früh mit seinen beiden Brüdern und seinen drei Söhnen von hier abgereist. Der Herzog wird im Schlosse in Altshausen Wohnung nehmen.

(-) **Biberach,** 8. Jan. (Hamsterei.) Auf dem Bahnhof wurden dem Dienstmädchen eines Stuttgarter Fabrikanten eine geschlachtete Gans, 9½ Pfund Butter, 30 Pfund Käse, 22 Pfund Mehl und 36 Pfund Schmalz abgenommen.

— **Das Ende des K. Marstalls.** Am 21. und 22. Januar werden im Leibstallreithaus in Stuttgart 61 Pferde des K. Marstalls öffentlich versteigert. Es sind dabei 14 Reitpferde, darunter mehrere Vollblüter, und 50 Wagenpferde.

— **Diebstahl von Fahrkarten.** Ein am 6. Dezember in Stuttgart nach Göppingen abgesandtes Paket, enthaltend 100 Fahrkarten 2. Kl. Eil- oder Personenzug Göppingen—Heidelberg Nr. 101/200 ist entwendet worden.

— **Abrüstung.** Nach Anordnung der Reichsregierung gilt als Tag des Befehls zur allgemeinen Abrüstung der 10. Januar. Die zum Einjährig-Freiwilligendienst Berechtigten werden wie die anderen Angehörigen der gleichen Jahrgänge behandelt.

Zwei Programmreden.

Ulm, 8. Jan. (Payer zur Lage.) Friedrich Payer sprach am Dreikönigstag im Saalbau. Beginnend mit der Revolution hob Payer hervor, daß ein Zurück den Bürgerkrieg bedeuten würde. Das Wahlergebnis von Baden, 40 Zentrum, 36 Sozialdemokraten, 25 Demokraten, 6 deutsch-nationale Volkspartei und kein „Unabhängiger" werde ungefähr auch für Württemberg ein Bild geben. Die Sozialdemokratie habe den Zuruf umsomehr, als sie das Wahlgesetz auf ihren Leib zugeschnitten habe. Die Sozialdemokratie werde nicht mehr die alleinige Verantwortung der Regierung tragen wollen, auch fehle es ihr an genügenden regierungsfähigen Leuten. Eine bürgerliche Koalition gegen die Sozialdemokratie mache die Demokratie nicht mit, weil sie nicht die Geschäfte der Rechten besorgen wolle. Eine Koalition der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie wäre nicht lebensfähig; möglich wäre auch eine Koalition aus Demokraten und Sozialdemokraten, oder eine solche aus Demokraten, Sozialdemokraten und Zentrum (das sich auf den Boden der Republik gestellt habe). Diese Koalition würde drei Viertel des Volks hinter sich haben und auch für die Sozialisierung den erforderlichen sozialen Sinn aufweisen, soweit diese angängig sei. Grundstürzende Aenderung würde in nächster Zeit hier nicht erfolgen können. Das Vorrauche Arbeit, Frieden und Heraushebung aus dem Elend. Für „Sozialisierung" werden die neuen Steuergesetze zunächst genügend sorgen; keiner werde mehr zuviel haben. Die Regierung, die jetzt da sei, müsse unterstützt werden; aber sie sollte nach Ausschaltung der Unabhängigen mehr Entschlußkraft zeigen, gegenüber weiteren Bergewaltigungen von Osten her und gegen die Bolschewiki-Gefahr. Die Spartakusleute sollen endlich einmal entwaffnet, Ruhe und Sicherheit für Wahltag und Nationalversammlung gewährleistet, Radek entfernt, der polnischen Frechheit deutsche Gewalt entgegengesetzt, der sinnlosen Verschleuderung öffentlicher Werte und Mittel Einhalt getan, und die Erwerbslosenfürsorge nicht zu einer Prämie für die Arbeitsunlust gemacht werden. Der Diktatur Ludendorff dürfe keine Diktatur der Straße folgen. Wir können keine Lostrennung vom Reich, die überall sich bemerkbar mache, in Bayern, Oberschlesien, Rheinland usw. ertragen, es sei genug an dem, was uns auf der Friedenskonferenz verloren gehen werde. Dafür müßten wir Ersatz suchen an den Deutsch-Oesterreichern. Weiter besprach der Redner die Regierungspläne betr. Neuaufbau des Reichs, (Volkshaus, Staatenhaus, parlamentarische Regierung, Präsident) mit stark unitarischem Zug; Wegfall der Reservatrechte, Eisenbahn- und Postenhoheit, Steuerwesen, Steuereinschätzung und -Erhebung durch Reichsorgane u. a. m. Auch die Neuorientierung in Württemberg wurde gestreift; die Erste Kammer werde nicht mehr kommen und eine offene Frage sei, ob ein besonderer Landespräsident neben dem Ministerpräsidenten beschafft werde. Die Trennung von Staat und Kirche werde nach gerechten Gesichtspunkten erfolgen; die Kirchen werden öffentlich rechtliche Körporationen bleiben, Vermögensrecht und Steuerrecht behalten und eine staatliche Rente, entsprechend dem Kirchengut des Staats, erhalten. Die Zukunft werde Deutschland nicht bankrott werden lassen; der Berliner Radikalismus werde nicht triumphieren können über Deutschland, und die württ. Wahlen werden ein Zeugnis für Freiheit und Ordnung in der Republik und eine Probe der inneren Disziplin des Volks zum Wohl des Ganzen sein.

Laupheim, 8. Jan. (Gröber zur Lage.) In zwei Versammlungen der Zentrumspartei sprach Staatssekretär a. D. Gröber. Durch die Revolution seien die Monarchien sowie die gesetzgebenden Körperschaften, Reichstag und Landtag rasch und ohne eigentlichen Widerstand beseitigt worden. Hiebei haben das Heer und die Beamten, welche zur Verteidigung der Monarchie bestimmt waren, versagt. Eine Wiederkehr der Monarchie, sowie des Reichstags und Landtags sei nicht wahrscheinlich. Reichsregierung und Arbeiter- und Soldatenräte, auf die seit 5. Dezember 1918 die ganze politische Gewalt übergegangen, seien rein sozialdemokratisch und daher nur ein Ausschnitt der Gesamtheit; die Bestellung soll durch Ausschüsse vom Standpunkt der eigenen Interessen aus erfolgen. Gröber sprach ihnen die Tüchtigkeit zur Erfüllung ihrer Aufgaben ab. Unter der alten Regierung sei zur Wahrnehmung von Regierungsgeschäften eine jahrelange gründliche Vorbereitung erforderlich gewesen. Auf die Arbeiter- und Soldatenräte könne eine dauernde Ordnung nicht gegründet werden. Auch die Befugnisse der Volksbeauftragten seien nicht bestimmt; augenblicklich herrsche eine Parteiregierung im vollsten Sinn des Worts. Diese Regierung sei aber vor ihrer eigenen Bewachung nicht sicher. Der Spartakusbund beabsichtige die Sprengung der Nationalversammlung und die Erhebung des Proletariats zur Macht. Die Aufgaben der Nationalversammlung seien in erster Linie die Bildung einer Regierung, die die öffentliche Ordnung wieder herstelle und das Eigentum schütze, die Entwaffnung des Spartakusbunds und die Aufstellung einer neuen Verfassung. Außerdem müßten Mittel zur Kriegsverhütung gefunden werden durch einen Völkerbund auf der Grundlage der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Völker, der Abrüstung zu Wasser und zu Lande und Freiheit der Meere. Die Sozialdemokratie strebe die Sozialisierung der Industrie an, auch die der Landwirtschaft. Letztere sei ganz unmöglich, erstere vorläufig noch nicht reif. Bei einer Sozialisierung wäre der Wettbewerb auf dem Weltmarkt ausgeschlossen. Der Großgrundbesitz müsse im Interesse einer stärkeren Bewirtschaftung den Kleinbetrieben Platz machen, die Fideikommisse seien aufzuheben. Bezüglich der Steuerlasten habe eine gerechte Verteilung unter Berücksichtigung der Standes- und Familienverhältnisse zu erfolgen. Die Kriegsanleihe dürfe durch die neue Regierung nicht entwertet werden. Das Zentrum fordere Glaubensfreiheit für jedes Bekenntnis und religiöse Erziehung in den Schulen und halte daher an der konfessionellen Volksschule fest. Die Ordensniederlassungen seien bereits unter der alten Regierung beschlossen worden.

Muß Württemberg Preußen verhalten?

Die Mittelstelle (Landesausschuß) schreibt uns: Immer wieder hört man die Ansicht, daß Württemberg in großem Umfange Lebensmittel nach Preußen senden müsse, und daß aus diesem Grunde an manchen Lebensmitteln bei uns Knappheit herrsche. Diese Ansicht ist falsch. Bei den beiden wichtigsten Volksnahrungsmitteln, bei Getreide und Kartoffeln, ist Württemberg auf einen starken Zuschuß aus Preußen angewiesen. So hat Württemberg im abgelaufenen Erntejahr von der Reichsgetreidestelle 814 000 Doppelzentner Mehl empfangen, dagegen an Getreide in Mehl umgerechnet, 582 000 Doppelzentner abgeliefert, so daß es also 232 000 Doppelzentner mehr empfangen hat. Diese Menge kommt fast ausschließlich aus dem Norden Deutschlands. Dabei ist der zahlenmäßig nicht bekannte Bedarf der württ. Truppen während des Kriegs noch gar nicht berücksichtigt; um ihn vermehrte sich der Mehrempfang Württembergs. In ähnlicher Weise steht es mit unserer Kartoffelversorgung. Kartoffeln wurden im Herbst 1918 nach Württemberg folgende Mengen abgeliefert: Aus der Herbsternte 1918 aus preußischen Provinzen 149 000 Zentner (angesichts der großen Kartoffelnot Norddeutschlands im Kohlrabenwinter 1916 bis 1917 eine nicht hoch genug anzuschlagende Leistung); aus der Frühkartoffelernte 1917 aus preußischen Provinzen 138 500 Zentner. Ferner haben die württ. Bedarfsstellen im Sommer 1918 an Frühkartoffeln wieder 135 000 Zentner aus Preußen und 57 000 Zentner aus Hessen erhalten. Württemberg hat nichts abgetreten. Fleisch bzw. Vieh wird nach Preußen überhaupt nicht geliefert. Die bisher von Württemberg verlangten Lieferungen an Vieh gingen durchweg an das Feldheer bzw. an einzelne Konservenfabriken, in denen Konserven für das Feldheer hergestellt wurden. Der im Lande gewonnene Speck bzw. das hieraus gewonnene Schweineschmalz wird vollständig dem inländischen Verbrauch zugeführt. Preußen erhält hiervon gar nichts. Das bei den gewerblichen Schlachtungen von Rindern und Schafen anfallende Rohfett muß an die württ. Fettschmelzen abgeliefert werden. Aus diesem Rohfett wird Feinfalg hergestellt, der zur Hälfte den württ. Verbrauchern zugute kommt, während die andere Hälfte an Bedarfsgebiete abgeliefert werden muß. Welche Mengen hiervon nach Preußen kommen, ist nicht bekannt. Von Butter wurden geringe Mengen nach Karlsruhe, Darmstadt, Frankfurt, Straßburg, Metz und Kolmar, also nur nach süddeutschen Bedarfsbezirken geliefert. Zurzeit beträgt die monatliche Ablieferung von Butter etwa 3500 Zentner. Desgleichen müssen monatlich ungefähr 1100 Zentner Käse nach außerhalb Württemberg versandt werden. Ebenso muß Württemberg an Obst und Gemüse bestimmte Mengen abgeben. Dagegen ist Württemberg für die Einfuhr wichtiger Rohstoffe, wie Kohle, Eisen, Kali usw. durchaus auf Preußen angewiesen. Die Ansicht, Württemberg werde von Preußen ausgesogen, ist also durchaus unrichtig. Württemberg ist vielmehr nicht der gebende, sondern der nehmende Teil, es könnte ohne Einfuhr von Preußen gar nicht bestehen.

Mutmaßliches Wetter.

Der große Luftwirbel hält an. Am Freitag und Samstag ist meist bedecktes und mit vereinzelten Niederschlägen, auch Schneefällen verbundenes Wetter zu erwarten.

Lokales.

Wildbad, 7. Januar. Die hiesige Ortsgruppe der Württembergischen Bürgerpartei hatte als Redner Herrn Landrichter Dr. Götz aus Stuttgart gewonnen, der „extra von Stuttgart nach Wildbad gefahren ist um uns vieles zu sagen". Herr Götz hat durch seine grotesken Gesten und seine oft unangebrachten derben Späße seinen Ausführungen sehr geschadet. Konnte doch Herr Schlütter am Schluße konstatieren, daß dies eine „fidele" Versammlung gewesen sei, und „fidel" sollte eine Wahlversammlung in so bitter ernster Zeit doch nicht sein. Nachdem Herr Götz über 1 Stunde über die Entstehung der Bürgerpartei gesprochen und in geradezu naiver Weise das Verhältnis der Parteien untereinander klargelegt und den einzelnen Parteien die von ihm in studentischer Weise gewählten Farben gegeben, kam er endlich auf das eigentliche Thema zu sprechen: „Warum soll man sich der Bürgerpartei anschließen? (Die deutsche demokratische Partei erhielt vom Redner die Farbe und den Namen Rosa.) Die Bürgerpartei muß das in raschen Lauf geratene Staatsschiff bremsen, sie hat viele ideelle Werte, sie will besonders für die Kriegsinvaliden sorgen und will die gefährdete Religion dem Volk erhalten. Mit einem eindringlichem Appel an die Frauen schloß der Redner seine Ausführungen. Herr Schlütter betrat nach ihm das Rednerpult und klagte über das schlechte Essen an der Front und über die weiten, gestickten Hosen, die man ihm bei seiner Heimkehr vom Felde geben wollte. Eine Erwiederung war das nicht. Trotzdem glaubte Herr Schriftsetzer Friedrich Burger, Schützling der Frau von Wittgenstein (in Uniform) dem Herr Götz zu Hilfe eilen zu müssen. Er las aus einem Buch von Sven Hedin vor. Da die Vorlesung zu lange dauerte und die Zeit schon weit vorgeschritten war, entstand ein Tumult, ein Gejohle und Geschrei, so daß auch die Schlußworte des Herrn Götz nicht mehr recht verstanden wurden. Wir wollen hoffen, daß nur einige jugendliche Zuhörer, die übrigens keinen Zutritt zu den Wahlversammlungen haben sollten, diese Unruhe verursachten, denn von Männern wäre es unverzeihlich, denn im freien Staat gehört jedem Bürger auch ein freies Wort. a

Versammlung. Die von der sozialdemokratische Partei angekündigte Versammlung auf heute abend in der Turnhalle findet nicht um 6 Uhr sondern um **halb 7 Uhr statt**

Sofortige Ablieferung
von
Heeresgut
bei den zuständigen Behörden
beschleinigt den Frieden.
Reichsverwertungsamt, Berlin W 8,
Friedrichstrasse 66

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

— **Die Finsternisse des Jahres 1919.** Im Jahr 1919 finden zwei Sonnen- und eine Mondfinsternis statt. Die erste, eine totale Sonnenfinsternis ist am 29. Mai und bei uns nicht sichtbar. Die zweite, eine ringförmige Sonnenfinsternis, erfolgt am 22. November in den Nachmittagsstunden. Sie ist auch im westlichen Europa sichtbar. Die Mondfinsternis findet in der Nacht zum 8. November statt und ist in Europa sichtbar.

— **Hochwasser.** Die Jagst ist stundenweit, vom Ursprung bis nach Crailsheim, über die Ufer getreten. Viele Wege, Straßen und Stege sind nicht mehr passierbar sind. In vielen Häusern stehen Keller und Ställe unter Wasser. Im Remstal ist die Ueberschwemmung besonders bedeutend beim Bahnhof bei Endersbach, wo die Strecke von mehr als einer Stunde in einen großen See verwandelt ist.

Widersprüche in der Sozialdemokratie.

In den gegenwärtigen Wahlversammlungen streiten oft die Wortführer der Sozialdemokratie ab, daß ihre Partei das Eigentum antasten wolle. In der Hauptsache soll alles beim alten bleiben und nur die großen Güter seien entsprechend zu verstaatlichen. In dem heute noch gültigen Erfurter Programm der Sozialdemokratie heißt es aber im 5. Absatz: „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln, **Grund und Boden**, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde."

Auf Seite 152 erwähnt Karl Kautsky bei der Besprechung des Erfurter Programms in seinem Buche: „Der Kleinbetrieb ist dem Untergang unrettbar verfallen. Aber nur die Sozialdemokratie ermöglicht es den Bauern und Handwerkern in ihrer Gesamtheit zu Arbeitern des Großbetriebs zu werden, ohne daß sie ins Proletariat (vollständige Verarmung) versinken. Nur in einer sozialistischen Gesellschaft bedeutet die unvermeidlich gewordene Auflösung der bäuerlichen Landwirtschaft und des Handwerkers eine Hebung der Lage der Bauern und Handwerker."

Ausdrücklich gesagt ist es also Wahrheit, daß Grund und Boden (somit Aecker, Wiesen, Wälder, auch der Bauern) in die Allgemeinheit übergehen sollen, sodaß der jetzige Besitzer nur noch der Verwalter des Gutes für Staatsrechnung sein würde. Hinsichtlich des „Unterganges" ist zu sagen, daß Kautsky sein Buch im Jahre 1907 herausgab und daß wir seit dieser Zeit nicht nur nicht bis zum Ausbruche des Weltkrieges 1914 verarmten, sondern in allen Schichten der Bevölkerung kulturell und materiell bedeutenden Aufstieg verzeichneten. Gerade der Krieg ist von den Feinden in der Hauptsache deshalb geführt worden, um den steigenden Wohlstand in Deutschland zu vernichten. Eigentum muß bleiben, aber nur solches, das der Gesamtheit nicht schädlich ist. Wer also Grund und Boden dem Besitzer erhalten will, soweit dies mit der allgemeinen Wohlfahrt zu vereinigen ist, der stimme für die Deutsche demokratische Partei.

Die sozialdemokratische Prophezeiung von Kautsky, daß der Kleinbetrieb dem Untergang unrettbar verfallen sei und daß die Auflösung der bäuerlichen Landwirtschaft und des Handwerks unvermeidlich geworden seien, ist eine absolut irrige gewesen, denn, wie gesagt, seit 1907 ist keine Verarmung, sondern steigender Wohlstand zum mindesten bis 1914 unbestreitbar gewesen. Die Sozialdemokratie hat sich hier schwer getäuscht.

Die demokratischen Kandidaten nach Berufen und Bezirken.

Wir haben die 150 Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei in 25 Berufe eingeteilt. Von den 1544 Berufen, die man in Deutschland schon gezählt, läßt sich jeder in einen der von uns aufgestellten 25 einreihen. Darnach zerfallen die 150 Kandidaten in: Aerzte*) 1 (1) [1] zus. 3; Arbeiter 2 (3) [1] zus. 6; Forstleute — (1) [—]; Gemeindeangestellte — (3) [1] zus. 4; Handwerker 2 (4) [2] zus. 8; höhere Lehrer — (3) [2] zus. 5; höhere Beamte 1 (3) [—] zus. 4; Industrielle 3 (1) [7] zus. 11; Landwirte 2 (4) [7] zus. 13; Lehrer 4 (6) [3] zus. 13; mittlere Beamte 4 (2) [2] zus. 8; Minister 2 (—) [—]; Parteisekretäre 2 (—) [—]; Pfarrer 2 (—) [—]; Privatangestellte 3 (3) [2] zus. 8; Rechtsanwälte 4 (3) [2] zus. 9; Schriftsteller 1 (—) [—]; Schultheißen bzw. Stadtvorstände 5 (3) [2] zus. 10; Selbständiger Mittelstand 5 (1) [9] zus. 15; sonstige Berufe 2 (5) [5] zus. 12; Techniker 1 (—) [2] zus. 3; Unterbeamte 1 (2) [1] zus. 4; Verwaltungsbeamte 2 (1) [1] zus. 4; Weingärtner — (—) [1]; Wirte 1 (1) [—] zus. 2.

Wie die Liste so ziemlich alle Berufsmöglichkeiten umfaßt, so sind die Kandidaten auch auf fast alle Bezirke verteilt. 96 stammen aus dem weit stärkeren Neckar- und Jagstkreis und zwar weisen davon auf: Stuttgart-Stadt (mit Vororten) und Amt 49, Aalen 1, Backnang 2, Besigheim 2, Böblingen 2, Brackenheim 1, Crailsheim 1, Eßlingen 3, Gaildorf 2, Gerabronn 1, Gmünd 1, Hall 2, Heidenheim 1, Heilbronn 7, Künzelsau 1, Leonberg 2, Ludwigsburg 4, Marbach 1, Maulbronn 2, Mergentheim 1, Neckarsulm 1, Neresheim 1, Oehringen 2, Schorndorf 1, Vaihingen 1, Waiblingen 1, Weinsberg 1, Welzheim 2. Im Schwarzwald- und Donaukreis stellen: Balingen 3, Biberach 1, Blaubeuren 1, Calw 2, Ebingen 1, Freudenstadt 1, Geislingen 1, Göppingen 4, Herrenberg 1, Horb 1, Kirchheim 1, Leutkirch 1, Münsingen 1, Nagold 2, Neuenbürg 2, Nürtingen 1, Oberndorf 5, Ravensburg 2, Reutlingen 4, Rottenburg 1, Rottweil 2, Spaichingen 1, Sulz 1, Tübingen 5, Tuttlingen 3, Ulm 5, Urach 1.

Die Statistik zeigt, daß die Partei sich redlich bemüht hat, sämtliche Berufe sowohl, als auch die Bezirke nach Einwohnerzahl und Stärke der Organisation nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

*) Die erste Zahl ist aus der Reihe 1—50, die zweite mit runder Klammer aus 51—100 und die dritte mit eckiger Klammer aus 101—150.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Geschäfts-Uebernahme und Empfehlung.

Der titl. Einwohnerschaft und Umgebung insbesonders meiner werten Kundschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich das seit dem Tode meines Mannes betriebene

Schuhwarengeschäft

an meinen Sohn **Wilh. Treiber abgetreten habe** und bitte ich das mir seither von allen Seiten entgegengebrachte Wohlwollen auf denselben zu übertragen.

Hochachtungsvoll,

Frau Wilh. Treiber Wtw.

Bezugnehmend auf Obiges, teile ich der Kundschaft mit, daß ich bestrebt sein werde, das Vertrauen, das auf meinem elterlichen Geschäfte ruht, in jeder Weise zu wahren.

Hochachtungsvoll,

Wilhelm Treiber
Schuhgeschäft.

Käse-Abgabe.

Auf Lebensmittelmarke 18 wird abgegeben, **100 gr.** Käse.
Außerdem erhalten auf Marke 21
Schwerarbeiter **250 gr.** Schwerstarbeiter **500 gr.** Zulage.
Listenschluß Freitag Abend 4 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Ich beabsichtige mein Haus

stockweise

zu vermieten und wollen Interessenten sich an mich wenden.

Reichhard, Villa Rosa.

Tamavino
Gesunder Obstmost Ersatz
in Portionen für 100 Ltr.
mit künstl. Süß Stoff Mk. 9—
ohne künstl. Süß Stoff für 75 Ltr. Mk. 6—
empfiehlt **Robert Treiber,**

Tür-Vorlagen,
(Fuß-Abstreifer),
in div. Sorten, empfiehlt
Robert Treiber.

Ziehung am 22. Januar.
Letzte große
Schwenninger Geld-Lotterie
Nur Geldgewinne zusammen 6 Mar
40000
Hauptgewinn Mark
15000
5000 usw.
Ziehung am 22. Jan. 1919.
Los 1 Mark
Sehr günstige Gewinnaussichten
Porto u. Liste 35 Pf. extra. Zu haben in allen durch Plakate kenntlich Verkaufsstellen und dem Generalvertrieb
Eberhard Fetzer
Stuttgart, Friedrichstr. 56.
Postscheckkonto 8413.
in Wildbad bei Geschw. Flum.

Garten oder Bauplatz
zu kaufen gesucht.
Näheres
Karl Koegler, Stuttgart
Neckarstraße 1 (Leibstall)

Reiner Tabak
Großschnitt 100 gr. 2 M
Feinschnitt 100 gr. 2 25
bei
Chr. Schmid u. Sohn.
Tabakwarengroßhandlung

Eine
Wohnung
von 3 Zimmer mit Zubehör wird per 1. April zu mieten gesucht.
Angebote an die Exped. [208

Prima Waschpulver
kartenfrei
pro Pfund 47 Pfg.
bei
Chr. Schmid u. Sohn

Echter Lotzbeck Schnupftaback
100 gr. 1:40, 1.50, 1.60
im Zigarenspezialgeschäft
Chr. Schmid u. Sohn

Sozialdemokratische Partei

Wildbad.

Oeffentliche Versammlung

für Frauen und Männer

am Freitag, 10. Januar abends 7 Uhr in der Turnhalle.

Referent: Gemeinderat Waßner aus Stuttgart.

Wir laden hierzu die verehrliche Einwohnerschaft Wildbads, insbesonders die Arbeiter und Arbeiterinnen freundlichst ein.

Der Ausschuß.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw